

Heiner Kollmeyer, 19.12.2019

Haushaltsrede 2019 der CDU – Fraktion, es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr BM Schulz, liebe Mitglieder des VV und der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat und liebe Besucher und Besucherinnen auf der Zuschauerempore.

In 15 Tagen beginnt ein neues Jahr, ja sogar ein neues Jahrzehnt und für viele von uns, vielleicht auch für mich, ist es aufgrund der Kommunalwahlen im Jahr 2020 der letzte Haushalt, den wir heute gemeinsam beraten und hoffentlich auch verabschieden.

Das, so finde ich, ist nochmal eine besondere Situation, aber auch eine besondere Verantwortung für uns alle.

Und so geht ein Jahr zu Ende mit vielen wichtigen Entscheidungen, die aber auch Aufregung mit sich gebracht haben. BM Schulz hat in seiner Rede zur Einbringung vieles aufgezählt, und auch ich habe eine persönliche Bilanz gezogen.

Was haben wir gestritten über das Konzept zum Umbau des Konrad - Adenauer Platzes und damit zusammenhängend den Umbau der Berliner Straße, aber am Ende fehlten Gott sei Dank nur wenige Parkplätze.

Und auf eben diesem Platz haben sich unsere britischen Mitbürger am 9.Mai mit einer eindrucksvollen Parade würdevoll verabschiedet.

Mittlerweile haben wir weitestgehend Klarheit über die Finanzierung der Reaktivierung der TWE. Auch das Personal der Kreisleitstelle haben wir nach langem und zähem Ringen an den Kreis abgegeben.

Wir sind offiziell Großstadt geworden und haben auch wegen unseres Luftballonverbots bundesweite Aufmerksamkeit erlangt.

Bisheriger Höhepunkt, und ich betone bisher, war für mich die Ratssitzung am 11.07. dieses Jahres.

Der Umfang der Sitzung war 675 Seiten lang, aber die Seitenlänge allein macht es natürlich nicht. Wir haben die Vorlage zur Wohn – und Baulandpolitik verabschiedet auf die wir so lange gewartet haben, wir haben das Ehrenamt der Feuerwehr mit 70.000 € unterstützt, wir haben außerplanmäßig 300.000 € bereitgestellt für die Beauftragung der Planungsphase 1-3 der Grundschule Heidewald und den Sperrvermerk für die Phase Null in der Grundschule Nordhorn aufgehoben damit die Verwaltung im 4. Quartal die Bedarfsermittlung zum Offenen Ganztage durchführen kann.

Der größte Kraftakt und vielleicht auch das Wichtigste waren ein von fast allen Fraktionen eingebrachter und verabschiedeter Antrag zum Klimaschutz. Wir haben nicht den Klimanotstand für Gütersloh ausgerufen, aber wir haben uns wichtige Ziele gesetzt. Unter anderem wollen wir bei allen politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf Klima, Umwelt und Natur stärker als bisher zu berücksichtigen.

Zugegeben: Nach dieser Sitzung bin ich - wie vielleicht viele andere auch - sehr zufrieden nach Hause gefahren, ja vielleicht war ich auch ein bisschen stolz ob des Erreichten.

Dieser Beschluss zur Klimapolitik hat in den Wochen und Monaten danach unser Tun und Handeln logischerweise stark beeinflusst und wird es auch dauerhaft tun. Wir haben uns Ziele gesetzt, die wir erreichen wollen. Aber wir dürfen nicht in einen Wettlauf eintreten in dem wir uns gegenseitig mit Anträgen zum Klima überbieten sondern sachlich und unaufgeregt abwägen, mit wieviel Geld sprich mit welchem Euro man an welcher Stelle das meiste erreichen kann. An dieser Stelle möchte ich noch einmal ein Zitat von Frau Lang in einem Statement im Hauptausschuss vom 08.07.aufgreifen, dort heißt es: „Der Anteil der Stadt selbst an den rechnerisch auf Gütersloh entfallenden 870.000 Tonnen CO2 beträgt etwa 2 – 3 %.“ Zitatende. 97 – 98 % werden also von der Wirtschaft und den Bürgern verursacht.

Jeder muss also künftig sein eigenes Tun und Handeln in Sachen Klimaschutz kritisch hinterfragen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass nach meinem Eindruck auch das gesellschaftspolitische Umfeld deutlich anders geworden ist. Wir als kleine ehrenamtliche Kommunalpolitiker müssen uns mittlerweile des Öfteren kritisieren oder manchmal auch beschimpfen lassen wegen falscher Entscheidungen und gar Untätigkeit.

Oder Interessengruppen fordern uns zu Stellungnahmen zu bestimmten Themen auf, versehen mit einem zeitlichen Druck und dem Hinweis damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Das alles ist schon sehr ungewöhnlich, aber wir scheinen das wohl aushalten zu müssen.

Am 11.Oktober hat uns dann die nackte Realität der Zahlen wieder eingeholt. Nach vier guten bis sehr guten Jahren

entscheiden wir heute über einen Haushalt der ein Defizit von 9,26 Mio. €.

Hiermit wird in Gütersloh für die nächsten Jahre eine Zeitenwende eingeläutet. Oder man kann auch anders sagen: Die fetten Jahre sind vorbei, und es ist gut, dass wir ordentlich Speck angesetzt haben.

Besorgniserregend ist insbesondere der Blick in die mittelfristige Finanzplanung. Besonders der prognostizierte Einbruch bei der Gewerbesteuer in den Jahren 2020 bis 2023 ist alarmierend.

In Summe gehen uns dort 80 Mio. € als Einnahme verloren und wir erinnern uns in dem Zusammenhang an die Entwicklung bei einigen heimischen Betrieben. Wer hätte so etwas in dieser Form im fast schon erfolgsverwöhnten Gütersloh jemals erwartet, wo es jahrelang nur eine Richtung gab, nämlich nach oben.

Zum Glück steigt der prognostizierte Anteil an der Umsatz – und Einkommenssteuer von in Summe 66 Mio. auf 75 Mio. € bis 2023, kann aber die Verluste bei der Gewerbesteuer bei weitem nicht ausgleichen. Zusammengefasst: In der Summe der Ergebnispläne von 2020 bis 2023 häuft sich ein Verlust von ca. 90 Mio. € an, allein 2023 ca. 31. Mio. €

So haben der BM und die Kämmerin in ihren Reden zu Recht auf die schwierige Lage hingewiesen ohne dabei aber zu dramatisieren.

Die hohe Liquidität und Ausgleichsrücklage sowie der in den letzten Jahren getätigte Schuldenabbau geben noch genügend Puffer. Die Ausgleichsrücklage wird dann allerdings von dem Rekordwert von 112 Mio. € auf nur noch 18 Mio. €

im Jahr 2023 sinken. Der angesetzte Speck schmilzt also zunehmend ab.

Auch andere Einflussfaktoren treten künftig stärker in Erscheinung, die Kreisumlage steigt in 2023 auf über 60 Mio. €.

Und auch die Stadtwerke, die in der Vergangenheit durch die Gewinnabführung an die Stadt eine kleine Ertragsperle waren kommen zukünftig in deutlich unruhigeres Fahrwasser.

Das Energiegeschäft ist zwar stagnierend, aber die Zuschussbedarfe bei den Bädern und vor allem im ÖPNV steigen weiter. Dies gilt es bei einer eventuellen künftigen Neuausrichtung des ÖPNV unbedingt zu beachten.

Und dann ist es bestimmt nur noch eine Frage der Zeit, wann auch Gütersloh wieder Schlüsselzuweisungen vom Land bekommen wird.

Als wäre das für sich allein betrachtet nicht schon schwierig genug erfuhren Politik und auch Teile der Verwaltung in einer gemeinsamen Sitzung von BA und AWI am 12.12.1. eine neue Hiobsbotschaft. Die Kosten für die dritte Gesamtschule laufen komplett aus dem Ruder, Kostensteigerungen von mindestens 20. Mio. € sind zu erwarten, Tendenz weiter steigend.

Leider sind die Gründe bis heute nicht nachvollziehbar aufgeklärt.

In der folgenden Ratssitzung am 22.11. wäre für die verantwortliche Stadtbaurätin, für Sie Frau Herrling, die Möglichkeit gegeben gewesen, Verantwortung zu übernehmen und zumindest Worte des Bedauerns oder

vielleicht sogar eine Entschuldigung an den Rat zu richten. Insbesondere nachdem von den Fraktionen SPD, BfGT und teilweise auch den Grünen schwere Anschuldigungen gegen den kompletten Verwaltungsvorstand und insbesondere gegen BM Schulz erhoben wurden, hätten sie handeln müssen. Das ist leider nicht geschehen.

Es ist bekannt, dass die Beigeordneten ihre Geschäftsbereiche selbstständig und eigenverantwortlich führen und dass sie gegenüber dem BM berichtspflichtig sind. Sie haben also eine Bringschuld an den BM, der BM hat keine Holschuld.

Oder soll er etwa künftig regelmäßig alle Beigeordneten abfragen ob es etwas Neues gäbe was er wissen müsse?

Leider haben sowohl der neu eingerichtete AK – dritte Gesamtschule und die Sitzung des AWI in der letzten Woche in keinsten Weise zur Aufklärung beigetragen.

So ist z. B. bisher niemand in der Lage mit ganz wenigen Sätzen zu sagen, wann und durch wen beauftragt bzw. beschlossen ein zusätzlicher Flächenbedarf von ca. 1900 qm mit entsprechenden zusätzlichen Kosten von über 4 Mio. € entstanden ist. Oder warum verfünffachen sich die Kosten der Außenanlagen auf einmal.

Ich will da jetzt gar nicht weiter ins Detail gehen, es ist im Arbeitskreis und den Ausschüssen mehrfach angesprochen worden, halte aber folgendes fest: Wir, die CDU – Fraktion haben erhebliche Zweifel, ob die großen Aufgaben die im Baubereich in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommen mit Ihnen bzw. von Ihnen gelöst werden können. Die vielen weiteren Schulbauten speziell im OGS Bereich, die Entwicklung der Mansergh - Quartiers, der Flugplatz, die

Britenwohnungen, die vielen Investitionen in Infrastruktur, also Straßen, Brücken und Kanäle sind eine Mammutaufgabe.

Und ich erinnere noch einmal an einige Versäumnisse der Vergangenheit: Ca. 9 Monate haben wir auf die Vorlage zur Wohnbaulandoffensive gewartet, die wir im Juli verabschiedet haben. Nach der Verabschiedung im Rat am 11.07. war ich z.B. davon ausgegangen, dass schnellstmöglich alle Grundeigentümer, die baureifes Land haben, angeschrieben werden mit dem Ziel, die Verfügbarkeit abzufragen. Es geht dabei immerhin um ca. 90 ha. Tatsächlich sind aber nur einige wenige angesprochen worden. Dabei ist dieser erste Schritt der Verfügbarkeit doch eigentlich der wichtigste und eine der 3 Säulen, die wir verabschiedet haben.

Viel Zeit ist verstrichen seit dem letzten AK im Juli zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft bis die Politik jetzt selbst gehandelt hat und auch bei der Vorstellung der Pläne zum Umbau der Berliner Straße mit den fehlenden, aber versprochenen Stellplätzen war es ihr Versäumnis, die Politik rechtzeitig zu informieren. Dabei hätten Sie die Gelegenheit dazu gehabt. Das hätte uns allen eine Menge Ärger und Aufregung erspart.

Warten wir also gemeinsam ab, ob der geplante zweite AK zur dritten Gesamtschule neue Erkenntnisse bringt, unsere Erwartungen sind da sehr hoch.

Zurecht hat eine Zeitung neulich getitelt: Das Aufarbeiten hat gerade erst begonnen. Wohl wahr.

Lassen Sie mich jetzt wieder zum Haushalt selbst kommen.

Den Stellenplan haben wir wie in jedem Jahr erneut kritisch unter die Lupe genommen und die 18,8 neu zu gründenden

Stellen kritisch hinterfragt. Das hat die CDU im Übrigen all die Jahre gemacht, egal wieviel Stellen eingebracht wurden. 18,8 neue Stellen bedeuten ca. 1 Mio. € mehr Personalkosten jährlich, für die wir zur Gegenfinanzierung zusätzliche Einnahmen brauchen. Bekommen wir die? Nein, im Moment wohl kaum. Inklusive der 7 .Mio. Versorgungsaufwendungen landen wir 2020 bei 84. Mio. € Personalkosten, 2023 schon bei 88 Mio. €. Und ich meine, nicht nur beim Klimaschutz sondern auch bei den Finanzen gilt es die Nachhaltigkeit und die Generationengerechtigkeit im Auge zu behalten.

Ja ich weiß, auch unser Antrag, 2 weitere Stellen zur Sicherheits – und Ordnungspartnerschaft kostet Geld, das wissen wir.

Wir wollen allerdings den Bürgern weiterhin ein zusätzliches Gefühl von Sicherheit geben in einem System, das sich bisher weitestgehend sehr gut bewährt hat.

Und weil wir 2 zusätzliche Stellen beantragt haben, ist es auch unsere Pflicht kritisch zu hinterfragen, ob andere Stellen wegfallen können, das haben wir getan.

Um die digitale Agenda in Gütersloh weiter zu voran zu treiben ist es richtig, dass 3 Mio. € mit Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt wurden. Dies ist erforderlich um 2 Mio. € Bundesfördermittel zu bekommen.

Zu Recht hat Herr Schulz in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen,

welche vielfältigen Möglichkeiten sich mit dieser Kofinanzierung von 1 Mio. € aus dem Haushalt für die Stadt ergeben könnten.



Es ist schade dass sich viele Ratsmitglieder aber auch Bürger in Gütersloh mit der Bedeutung des Themas Digitalisierung so schwer tun. Bundesweit sind alle Parteien gleichermaßen bemüht, das Thema Digitalisierung zu einem der wichtigsten zu erheben und viel weiter und besser unterwegs.

Auch ist es verwunderlich das der geplante Ausbau des Glasfasernetzes durch die Stadtwerke in Kattenstroth und Avenwedde - Bahnhof so zögerlich angenommen wird.

Was ist nur los mit den Güterslohern?

Wir jedenfalls von der CDU haben auch in 2020 eine Menge vor. Unsere umwelt - und klimapolitischen Beschlüsse erfordern eine Neubewertung vieler Projekte. Dazu gehört für unsere Fraktion die OU - Friedrichsdorf, für die wir ein Mediationsverfahren in Gang setzen wollen und weitere verkehrsentlastende Maßnahmen mit digitaler Ampelschaltung und einem LKW - Durchfahrtsverbot erwirken möchten.

Auch halten wir einen 4 – spurigen Ausbau der B 61 nicht für erforderlich und zielführend, sondern max. 3 –spurig unter Erhalt der Bäume. Das wäre auf jeden Fall eine Prüfung wert. Untersuchungen haben ergeben, dass eine Ertüchtigung der Kreuzungsbereiche mit entsprechend längeren Abbiegespuren sehr viel wirksamer sein kann.

Wir haben die Vision eines neuen Tunnels unter den Bahngleisen am Bahnhof und haben einen entsprechenden Antrag zur Prüfung gestellt.

Wir wollen weiterhin sparsam mit Grund und Boden umgehen und darum mehr nachverdichten und Gebäude

ruhig mal etwas in die Höhe bauen, einer Großstadt sollte man durchaus auch ansehen können, dass sie Großstadt ist.

Wir wollen die Innenstadt und damit auch Gütersloh weiter stärken und im Wettbewerb mit anderen Städten weiter voran bringen und haben deswegen das Stadtmarketing deutlich aufgestockt, und so könnte ich noch vieles weiter anführen. Aber vorher wollen wir erst noch den Haushalt beschließen.

Meine Damen und Herren, wir als CDU –Fraktion stehen zu dieser Stadt und ihren Bürgern und die haben ein Recht auf klare Verhältnisse und Verlässlichkeit. Dazu gehört u.a. ein verabschiedeter Haushalt. Und darum sage ich an dieser Stelle nochmal ganz klar und deutlich: Ja, die Zeiten sind gegenüber dem letzten Haushalt deutlich schwerer geworden. Insofern ist der Haushalt 2020 mit 9,3 Mio. € Defizit ein deutlicher Warnschuss. Heißt für uns alle in den Folgejahren, entsprechend gegen zu steuern, damit wir nicht wie 2010 ein weiteres Mal Rödl und Partner brauchen. Gegensteuern wollen wir auch mit unserem gemeinsamen Antrag mit den Grünen zur dritten Gesamtschule, mit dem wir keinesfalls – wie von einigen behauptet - die Gelder kappen wollen, im Gegenteil, wir stehen uneingeschränkt zur dritten GS. Mit dem Sperrvermerk wollen wir mitbestimmen und kontrollieren können, was mit den zusätzlich in den Haushalt eingestellten 3,6 Mio. € passiert.

Vor diesem Hintergrund und mit dieser Selbstverpflichtung stimmen wir dem Haushalt zu. Täten wir das nicht, unterlägen wir in 2020 der Kommunalaufsicht und unser Handlungsspielraum wäre stark eingeschränkt. Das ginge eindeutig zu Lasten der Bürger. Das wollen wir auf gar keinen Fall, und ich hoffe, dass Sie meine Damen und Herren aus den

anderen Fraktionen das auch so sehen und nicht wollen. Von den Grünen weiß ich es und sage an dieser Stelle herzlichen Dank für die konstruktiven Gespräche zum Haushalt.

Zum Schluss geht mein Dank aber auch wie in jedem Jahr an die Verwaltung für die unterstützende Beratung bei den Haushaltsplanberatungen.